

## NEIN zur EU!

### Für ein soziales, demokratisches und solidarischeres Europa

Um ihre Banken und Versicherungen zu retten, hat die EU – und hier in erster Linie die Regierungen ihrer Mitgliedstaaten – im Verlauf der jüngsten Krise tiefe Schneisen der sozialen Zerstörung durch Europa gezogen.

Zuerst traf es die arbeitenden Menschen in den früheren Ostblockstaaten: Da sie nicht der Eurozone angehören, hat der IWF die Aufgabe übernommen, ihnen brutale Sparprogramme aufzuerlegen. Dann folgten die Länder Südeuropas. Inzwischen nimmt in weiten Teilen der EU die Verelendung Ausmaße an, wie wir sie aus der Dritten Welt kennen:

■ In **Griechenland** ist der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung um 30–40% gesunken. Von den 11 Millionen Einwohnern haben 1,4 Millionen keine Arbeit. Lediglich 145.000 davon erhalten noch Arbeitslosengeld, das gibt es nur für ein Jahr. Mit dem Arbeitslosengeld endet auch die Krankenversicherung. Etwa 30 bis 40% der Griechen haben deshalb inzwischen keinen Zugang zu Ärzten, Krankenhäusern und Medikamenten mehr.

■ In **Spanien** sind offiziell 26% der Erwerbstätigen arbeitslos, Jugendliche sogar zu 50%. Seit 2012 hat die arbeitende Bevölkerung 10% ihres Einkommens und 24% ihres Vermögens verloren. Weil es nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit keinerlei soziale Unterstützung mehr gibt, werden die Schlangen bei den Suppenküchen immer länger. 50.000 Familien wurden bislang aus ihren Häusern geworfen, weil sie die Raten für den Hauskauf nicht mehr aufbringen konnten.

■ Auch **Portugal** steht ganz im Zeichen brutaler Sparmaßnahmen. Obwohl 17% der Erwerbstätigen arbeitslos sind, hat die Regierung die Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe von 38 auf 18 Monate gekürzt. Weit mehr als 20% der Portugiesen leben unterhalb der Armutsgrenze.

■ Auch in **Deutschland**, dem vermeintlichen Krisengewinnerland, hat die Agendapolitik der Regierungen seit Schröder tiefe Spuren hinterlassen. Obwohl seit dem Jahr 2000 das Bruttosozialprodukt deutlich gestiegen ist, gingen die Nettoeinkommen für die Beschäftigten im Durchschnitt um 2,5% zurück – bei den untersten Lohngruppen waren es sogar 10–22%.



«Wo ist unser Geld?» Protest gegen Sparpolitik in Madrid

Ein Siebtel der Kinder lebt unterhalb der Armutsgrenze. Deutschland ist zum «Mutterland der Ungleichheit» geworden.

Mit der Einrichtung der Währungsunion Anfang der 90er Jahre hat die deutsche Dominanz in Europa noch einmal einen Quantensprung gemacht – dank der Exportwalze, gegen die jetzt nicht einmal mehr eine Abwertung der Währung hilft. Innerhalb von zehn Jahren sind die deutschen Ausfuhren in den Euroraum um rund 50% gestiegen – nicht zuletzt deshalb, weil Waren made in Germany im Ausland dank des Euro mindestens 10% billiger sind als zu D-Mark-Zeiten.

Ihre wirtschaftliche Dominanz nutzt die Bundesregierung zum Ausbau ihrer politischen Hegemonie. Bei der von der Troika (EU-Kommission, EZB, IWF) exekutierten Sparpolitik geben Merkel und Schäuble den Takt vor. Selbst der IWF, den angesichts der verheerenden Folgen der Sparpolitik in jüngster Zeit Zweifel an ihrer Sinnhaftigkeit beschlichen haben, wird von Schäuble und Bundesbankchef Weidmann gemäßregelt.

Für Merkel ist das wichtigste an Europa der Euro. Für dessen Stabilität opfert sie alles, auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt: den Sozialstaat und das, was an demokratischen Entscheidungsmechanismen übriggeblieben ist. Gegenüber den Ländern der europäischen Peripherie legt ihre Regierung eine Mischung von chauvinistischer Demagogie (fleißige Deutsche gegen bequeme Südländer), finanzieller Erpressung und einem neokolonial anmutenden Despotismus an den Tag. Unter Merkel war erstmals eine deutsche Regierung wieder daran beteiligt, ausländische Regierungschefs ab-

und einzusetzen. Ob eine Regierung für die Kapitaleigner noch tolerierbar ist oder nicht, entscheidet inzwischen der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs – und das heißt im wesentlichen: die deutsche, französische und britische Regierung.

Unter Merkels Regierung wurden auch die Rechte des deutschen Parlaments rasant ausgehöhlt – mit Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der LINKEN)! Fleißig hat das Vierparteienkartell die Hand gehoben für die Bankenrettungspakete, anfänglich haben sich sogar die Gewerkschaften, Hand in Hand mit den Unternehmerverbänden, dafür stark gemacht!

#### Ein anderes Europa ist nötig – und möglich

Die EU ist tatsächlich ein Projekt der internationalen Zusammenarbeit – aber einer Zusammenarbeit der herrschenden Klassen, des «einen Prozent» gegen den Rest der Bevölkerung. Dieses Monstrum EU, dieses Instrument der finanziellen Erpressung und des modernen Despotismus, gilt es gemeinsam zu werden – samt ihren Verträgen und Institutionen.

Gegenwärtig erleben wir in den Krisenländern Südeuropas eine Welle der Politisierung und Radikalisierung. Diesen Widerstandsbewegungen, die sich gegen die Spardiktate der Troika zur Wehr setzen, gehört unsere Solidarität. Ausgehend von Initiativen der griechischen SYRIZA bildet sich inzwischen so etwas wie eine «Allianz des Südens» heraus. Wie SYRIZA befürworten auch wichtige Teile der spanischen und portugiesischen Linken eine Strategie des Bruchs mit dem herrschenden

Euroliberalismus. Ihre Kernpunkte des Programms einer Linkregierung lauten:

- Aufkündigung der Sparbeschlüsse und Rücknahme der Verschlechterungen bei Mindestlohn und Arbeitslosengeld, Wiederin-Kraftsetzung der Tarifverträge;
- Schuldenstreichung für die Länder des Südens, Einstellung des Schuldendienstes und Verwendung der Gelder für dringend nötige Sozialprogramme;
- Banken unter öffentliche Kontrolle und Rücknahme der bisher vorgenommenen Privatisierungen;
- energische Verfolgung der Steuerflucht und stärkere Besteuerung der Reichen;
- Einführung von Kapitalkontrollen.

Vielleicht würden sich linke Regierungen genötigt sehen, aus dem Euro auszusteigen, um diese Forderungen durchzusetzen. Das wäre ihr gutes Recht und verdiente unsere Solidarität. Wir sind weder D-Mark-Nostalgiker noch Anhänger des Europas von Maastricht. Wir verteidigen keine Währung, wir verteidigen soziale und demokratische Rechte. Das unterscheidet uns von rechten Eurokritikern wie der «Allianz für Deutschland», die die neoliberale Politik mit der D-Mark oder einem «Nord-Euro» fortsetzen will.

Für uns stehen die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten im Mittelpunkt – in Deutschland und auch überall sonst. Auch hierzulande brauchen wir dringend eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und eine Steuerpolitik, die endlich die Kapitalbesitzer und Vermögenden an die Leine legt. ★

#### BRD: Zahlmeister oder Absahner?

In (gewollter?) Verkenning der Wirklichkeit jammern seit eh und je reaktionäre Demagogen, Deutschland sei der Zahlmeister Europas. Das Gegenteil ist der Fall.

Die deutsche Industrie und der deutsche Staat profitieren nicht allein vom rasanten Aufstieg Deutschlands zur Exportweltmacht, vornehmlich seit der Einführung des Euro.

Mit der zunehmenden Gefahr, dass hoch verschuldete EU-Länder ihre Staatsanleihen nicht mehr bedienen können, ist Deutschland für anlagensuchendes Kapital auch zusehends zum «sicheren Hafen» geworden. Aufgrund des dadurch ausgelösten Nachfragebooms nach deutschen Staatstiteln sind Zinsen und Rendite hierzulande auf ihrem historisch niedrigsten Stand angelangt. Für Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit muss der deutsche Finanzminister derzeit nur noch 1,37% Zinsen zahlen, für fünfjährige Staatsanleihen knapp 0,4%, und Kurzläufer werden mit 0% emittiert. Damit kann sich Schäuble Kredite fast zum Nulltarif besorgen, was die Bundeskasse erheblich entlastet: in den vergangenen dreieinhalb Jahren um fast 70 Mrd. Euro.

Von den niedrigen Zinsen profitieren natürlich auch die Unternehmen, für sie fiel der Durchschnittszins für einen Bankkredit mit fünfjähriger Laufzeit von 5,2% auf 2,7%. In den Peripherieländern müssen Unternehmen dagegen 5% und mehr Zinsen zahlen. Ein klarer Konkurrenzvorteil für in Deutschland ansässige Firmen.

Hinzu kommt, dass der Eurokurs im Hinblick auf die gigantischen Leistungsbilanzüberschüsse viel zu niedrig bewertet ist. Bei einem Auseinanderbrechen des Euro und der Wiedereinführung nationaler Währungen würde die D-Mark stark aufgewertet. Die Angebote deutscher Exporteure würden damit am Weltmarkt deutlich teurer.



# Ihre Europa-Tradition...

**Der Vorstand der Partei DIE LINKE hat vor deren Europaparteitag den von der Parteilinken eingebrachten Satz aus dem Entwurf zum Europawahlprogramm gestrichen, wonach die EU eine «neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht» sei. Die Befürworter einer strategischen Annäherung an die SPD sahen darin ein Hindernis für die Herstellung einer gemeinsamen Regierungsfähigkeit auch im Bund. Genau das ist die EU aber: undemokratisch, militaristisch und neoliberal. Und man kann hinzufügen: von Anfang an ein imperialistisches Projekt.**

Ihrer eigenen Legende nach ist die Europäische Union aus dem Willen der Völker entstanden, nach zwei Weltkriegen auf europäischem Boden einen solchen nicht mehr zuzulassen. Leider ist das ein Mythos. Was heute EU ist, war von Anfang an ein imperialistisches Projekt, das aus dem Krieg geboren wurde, nämlich aus dem Kalten Krieg.

Europagedanken, die aus dem antifaschistischen Widerstand kamen, wurden bereits 1945 in Jalta begraben, als die Welt in Einflusszonen der Alliierten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich aufgeteilt wurde. Und schon ein Dreivierteljahr später sprachen US-Präsident Truman und der spätere britische Premier Churchill vom «Eisernen Vorhang von Stettin bis an die Adria».

Das Europa westlich davon sollte als «eine Art Vereinigtes Europa» unter anglo-amerikanischem Einfluss stehen und auf den Gegensatz zur Sowjetunion und deren Einflussbereich aufgebaut sein; seinen Kern sollte die Aussöhnung

zwischen den alten «Erbfeinden» Deutschland und Frankreich bilden. Das war eine gänzlich andere Europa-Konzeption, als die antifaschistischen Widerständler sie verfolgten, und sie versagten ihr auch die Zustimmung.

Die US-Regierung formulierte 1946 die «Truman-Doktrin», eine aktive Politik der Eindämmung des sowjetischen Einflussbereichs, der u. a. das Europäische Wiederaufbauprogramm und der Marshall-Plan dienten. Auch Pläne für eine Zollunion wurden von den USA massiv unterstützt, die ihre Marshallplanhilfe an die Bildung einer «permanenten europäischen Organisation» binden wollten und sich davon einen großen Absatzmarkt für Waren made in USA versprachen.

Belgien, die Niederlande und Luxemburg, die schon 1944 eine gemeinsame Wirtschaftsunion vereinbart hatten, verfolgten über die Zollunion hinaus das Ziel einer wirtschaftlichen Integration mit starken Gemeinschaftsorganen.

Doch zunächst ging es um einen militärischen Beistandspakt gegen die vermeintliche Gefahr aus dem Osten, das war der Brüsseler Pakt 1948, aus dem später die Westeuropäische Union hervorging (der Deutschland nicht angehörte); 2010 wurde sie zugunsten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU aufgelöst. Der Koreakrieg brachte 1950 einen weiteren Militarisierungsschub: Wieder war es Churchill, der eine europäische Armee, diesmal unter deutscher Beteiligung, forderte, die mit den USA zusammenarbeiten sollte – die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), noch vor der Gründung der NATO. Voraussetzung dafür war die deutsche

Wiederbewaffnung. Das Projekt scheiterte am Nein der französischen Nationalversammlung.

Gleichzeitig entwickelte die französische Regierung den Schuman-Plan, die deutsche und französische Schwerindustrie in einer Montanunion gemeinsam zu bewirtschaften. Frankreich verband damit das Ziel, zu «verhindern, dass die Nachbarn Deutschlands nochmals einer Wiedererstarkung seiner Militärmacht ausgesetzt werden».

1951 entstand so die Europäi-

sche Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), ihr gehörten die sechs Staaten an, die 1957 auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bildeten: BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg. Das Motiv der Kontrolle über die deutsche Wirtschaftskraft hat zuletzt noch bei der Einführung des Euro eine Rolle gespielt: Der französische Staatspräsident Mitterrand forderte ihn als Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung.

Bei der Gründung der EWG 1957 kamen als supranationale Institutionen noch die Gemeinsame Agrarpolitik und die Europäische Kommission hinzu. Man vereinbarte nun einen freien Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr. Dabei ging es ausschließlich darum, einen größeren Markt zu schaffen und Handelshemmnisse abzubauen – ein reines Wirtschaftsprojekt im Interesse des Kapitals, ohne jede soziale Dimension.



Berlin: Protest gegen den EU-Fiskalpakt

## ... und unsere

Viele Menschen, auch viele Linke, setzen die Europäische Union mit Europa gleich; als europäisch gilt ihnen, was zur Herausbildung der EU geführt hat. Dass es auch eine andere, eine linke Europatradition gibt, ist weitgehend unbekannt, verschüttet.

Dabei gab es sie, und sie hat mit dem Europa des Kapitals nichts zu tun. Sie ist aus dem Geist des antifaschistischen Widerstands geboren, der sich von Grund auf als eine europäische Bewegung verstand. Gegen Hitlers «Neuordnung Europas» setzte sie das Konzept eines demokratischen europäischen Bundesstaats, der die einzelstaatliche Souveränität beschränken und eine Zwischenstufe zu einer Weltföderation sein sollte. Auf diese Weise sollte eine Hauptlosung des Widerstands Wirklichkeit werden: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Die Leitgedanken dieses Europa sollten sein: Demokratie, bürgerliche Grundfreiheiten, Pluralismus, Dezentralisierung, Föderalismus, Selbstverwaltung.

Diese Europavorstellung tauchte in den Erklärungen vieler Widerstandsbewegungen auf, angefangen von der Schweizer Europa-Union bis zur französischen Résistance-Bewegung; im «Programm Volkspolens» ebenso wie im führenden Organ der niederländischen Widerstandsbewegung *Het Parool*. Am weitesten gingen die Vorstellungen im italienischen Widerstand. Sozialistische Schriftsteller und Publizisten, die von

Mussolini auf die Gefangeneninsel Ventotene verbannt worden waren, erarbeiteten unter der Führung von Altiero Spinelli, einem vormaligen KP-Mitglied, ein «Manifest für ein freies und vereintes Europa». Es macht den Nationalstaat für die zwei Weltkriege verantwortlich: «Die Ideologie der nationalen Unabhängigkeit ist ein mächtiger Gärstoff für den Fortschritt gewesen... Sie trug jedoch in sich die Keime des kapitalistischen Imperialismus.» Und es propagiert als Aufgabe der Nachkriegszeit: «Die europäische Revolution ... muss sozialistisch sein, d. h. sie muss sich die Emanzipation der werktätigen Klassen und die Verwirklichung menschlicher Lebensbedingungen für sie zum Ziel setzen.»

Auch das Buchenwalder «Manifest der demokratischen Sozialisten», das eine Volksregierung auf der Basis der antifaschistischen Volksausschüsse und ein antikapitalistisches Übergangsprogramm propagierte, enthielt das Bekenntnis: «Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatengemeinschaft zu kommen, die unserem schwergeprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinwirtschaft Ordnung und Wohlstand verbürgt.»

Der Kalte Krieg machte dieser Bewegung den Garau. Es waren sowieso hauptsächlich die nicht moskauorientierten Sozialisten gewesen, die in diese Richtung

dachten. Die wachsende Blockkonfrontation würgte dann jeden Spielraum für «ein anderes Europa», ein «Europa von unten» ab. Nunmehr wurde der Europe-

danke von den bürgerlichen Kräften okkupiert. Von der damaligen linken Europabewegung sind nur die Europäischen Föderalisten übrig geblieben. Sie beschränken

sich auf Forderungen nach einer Demokratisierung der Europäischen Union mit mehr Rechten für das Europäische Parlament, soziale Forderungen erheben sie nicht.

### Wettbewerb über alles

Die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre beflügelte den Wunsch, den europäischen Binnenmarkt zu erweitern. Die Kapitalbesitzer sollten in ihrem Expansionsdrang nicht mehr durch die in jedem Mitgliedstaat verschiedenen Handels- und Umweltvorschriften (die sog. nichttarifären Handelshemmnisse, etwa Industriestandards und Umweltnormen) beeinträchtigt werden. Die Rechtsvorschriften in diesen Bereichen sollten einander angeglichen und das bis dahin im Rat der europäischen Regierungen herrschende Einstimmigkeitsprinzip durch ein Mehrheitsprinzip ersetzt werden. Daraus hat sich ein EU-Recht entwickelt, das heute 85 000 Seiten umfasst.

Nun wurden, neben der Handels- und Industriepolitik, auch noch andere Politikbereiche für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit geöffnet: die Außen- und Sicherheitspolitik, Justiz und Polizei. Das Ganze wurde 1992 in den Vertrag von Maastricht gegossen.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geriet sehr schnell unter die Leitlinien: «Kampf gegen den Terror» und «Schutzverantwortung», mit diesen Schlagworten ummanteln die EU und ihre Regierungen ihre Bestrebungen, gleichberechtigt neben den USA, Russland und China Weltpolitik zu treiben – mit und ohne Waffen. Kernstück der polizeilichen Zusammenarbeit ist die Abwehr von Flüchtlingen und die dazu erforderliche gemeinsame Asylverweigerungs politik.

Den Ländern Mittel- und Osteuropas, in die nach

1989 der Kapitalismus wieder Einzug hielt, wurde der Beitritt zur EU nahegelegt. Bestrebungen, die Staaten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei zu einem eigenen Visegrad-Verbund neben der EU zusammenzuschließen, scheiterten. Durch die Osterweiterung der EU hat sich ihr Einflussbereich politisch und militärisch weit nach Osten verschoben.

Hieß es in der Präambel zu den Römischen Verträgen noch, Ziel der EWG sei «die wesentliche Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker», lautet das oberste Ziel seit dem Jahr 2000, «die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt» zu machen. Anders als bei den Verfassungen der Einzelstaaten ist die neoliberale Ordnung damit in den Grundlagenverträgen der EU verankert. Ihr ist alles andere untergeordnet. Sie ist der Motor für die Zerstörung des Sozialstaats und der Koalitionsmacht der Gewerkschaften zugunsten eines grenzenlosen Wettbewerbs der abhängig Beschäftigten untereinander.

Der «uneingeschränkte Wettbewerb» bildet auch die Grundlage für den ökonomischen und politischen Expansionsdrang in streitbarer Konkurrenz zu anderen Großmächten. Soziale Verwüstung und imperialistische Expansion sind somit gewissermaßen den Genen der EU eingeschrieben. Ihre Militarisierung, die derzeit fröhliche Urstände feiert, ist nur die Begleitmusik dazu.



# Europa in der Krise I

## Abgestufte Peripherie...

**Seit dem Fall der Mauer und den Raubzügen des westlichen Kapitals in den Ländern Mittel- und Osteuropas, erst recht jedoch seit der jüngsten Weltwirtschaftskrise 2008 tritt der neoliberale, imperialistische und militaristische Charakter der EU deutlich zutage. Die Krise hat zu einer Radikalisierung des neoliberalen Programms geführt, nach innen wie nach außen. Und es sind die Institutionen und Gremien der EU, mit deren Hilfe sie autoritär gegen die Bevölkerungen durchgesetzt werden.**

■ Um die Banken, Versicherungen und Investmentfonds zu retten, wurden der Bevölkerung in den hoch verschuldeten EU-Ländern Löhne und Sozialleistungen radikal zusammengestrichen und der Ausverkauf öffentlicher Güter erzwungen, was die Einkommensbasis ihrer Regierungen weiter schmälert und ihre Abhängigkeit gegenüber den kapitalkräftigen EU-Staaten verstärkt. Es ist damit innerhalb der EU eine Peripherie entstanden, eine ausgeprägte ökonomische und politische Abhängigkeit, die soweit geht, dass EU-Gremien Regierungschefs auswechseln und den Regierungen der Mitgliedstaaten einen Haushaltskommissar vorsetzen.

■ Mit zahlreichen Ländern außerhalb der EU wurden Assoziierungsabkommen geschlossen, die nichts anderes sind als der Versuch, sich mit dem Brecheisen des Freihandels den Zugriff auf Rohstoffe und auf politische Einflusszonen zu sichern – im klaren Bestreben, mit Großmächten wie Russland oder China zu rivalisieren und ihren Einfluss zu begrenzen.

Welch brandgefährliche Lage dadurch geschaffen wird, lässt sich derzeit am Beispiel der Ukraine beobachten.

■ Kleinbauern, Fischer, aber auch gebildete Jugendliche aus der städtischen Mittelschicht aus den Ländern des Südens verlieren durch die Reorientierung der Wirtschaft auf den Export häufig ihre Lebensgrundlage. Suchen sie dann eine solche innerhalb der EU, begegnet diese ihnen mit einem tödlichen Grenzregime. Auf die Aufstände in Nordafrika und den dortigen Ruf nach Freiheit reagierte die EU mit der Verweigerung des Asylrechts und dem Ausbau ihrer Grenzabschottungsagentur Frontex.

■ Ein ähnlicher Prozess lässt sich im Binnenverhältnis der EU ausmachen: In den wirtschaftlich stärkeren EU-Ländern erachtet das Kapital es als sein selbstverständliches Recht, sich in wirtschaftlich schwächeren, namentlich in den Ländern Mittel- und Osteuropas niederzulassen, seine Produktion dorthin zu verlagern und damit Extraprofite zu machen. Die Ökonomien der Beitrittsländer geraten dadurch aus dem Lot, tausende verlieren ihre Existenzgrundlage. Wenn sie dann gezwungenermaßen Arbeit in den Kernländern suchen, wird eine chauvinistische Hetzkampagne gegen sie entfacht.

■ Staaten, die über die Rekolonialisierung der ökonomischen Beziehungen kollabieren, werden als «gescheiterte Staaten» behandelt. Wenn sie ihre innenpolitische Dynamik nicht mehr in den Griff bekommen, fühlt sich die EU, oder einzelne ihrer Staaten, immer häufiger bemüßigt, Soldaten zu schi-

cken, «um die Ordnung wiederherzustellen», wie derzeit gerade in verschiedenen Ländern Afrikas. Sie beruft sich dabei auf ihre «Schutzverantwortung», doch gilt diese nicht dem Schutz der Bevölkerung vor den Übergriffen von Warlords oder korrupten Regimen, mit denen westliche Kapitalisten unter einer Decke stecken, sondern der Aufrechterhaltung einer Ordnung, die die Sicherheit der westlichen Investitionen garantiert.

■ Das zunehmend autoritäre und unsoziale Regime macht auch vor den Kernländern nicht Halt. Allen Ländern der Eurozone ist im Zuge der Eurokrise eine harte «Entschuldungspolitik» verordnet worden, da die Staatsschulden, die zum Teil erst durch die Bankenret-

tungspakete entstanden sind, zum Hauptsündenbock für die Krise erklärt wurden. Die Parlamente mussten eine Schuldenbremse in ihre Verfassungen aufnehmen, die den Spielraum der Staaten, ökonomische Verwerfungen sozial aufzufangen, zusehends verengen. Die Einhaltung dieses «Fiskalpakts» ist die Voraussetzung dafür, dass notleidende Staaten Finanzspritzen von der EZB fordern können. Er wirkt als mächtige Peitsche für Massenentlassungen, Lohnabbau und Sozialraub – in der Sprache der Kapitalisten heißt das, so werde die Wirtschaft auf den Pfad der Wettbewerbsfähigkeit gebracht. Es ist die Verewigung der Sparpolitik. Können wir glauben, dass im Sieg um die niedrigsten Löhne und die armseligsten Sozialstandards eine Zukunft liegt?



«Wir kämpfen ohne Angst». Demo in Lissabon gegen die Sparpolitik

## Europa in der Krise II

# ... und «marktkonforme Demokratie»

Institutionell ist die EU ein widersprüchliches Konstrukt: Ihr Machtzentrum bildet nicht Brüssel, der Sitz der EU-Kommission, sondern der Europäische Rat, das ist die Gesamtheit der Regierungen der 28 Mitgliedstaaten. Allerdings sind es mehr und mehr nur noch die kapitalkräftigen, die das Sagen haben. In der Krise hat sich gezeigt: Nicht die Kommission bestimmte, wo es lang geht, sondern die Regierungen der wohlhabendsten Länder, allen voran die deutsche Bundesregierung. Dem kommt entgegen, dass seit Maastricht in immer mehr Fragen ein Beschluss nicht einstimmig gefasst werden muss, sondern Mehrheitsbeschlüsse ausreichen.

Zugleich wurde jedoch auch das Gewicht der supranationalen Institutionen (EZB, Kommission, Europäischer Gerichtshof) gestärkt: So hat die Einführung des Euro die Errichtung einer Europäischen Zentralbank (EZB) erzwungen, die den nationalen Zentralbanken Kompetenzen weggenommen hat: Sie legt den Leitzins fest und reguliert damit die Geldmenge. Die EZB ist der *lender of last resort* in der Eurozone und hat damit Wohl und Wehe ihres Finanzsystems in der Hand.

Selbst die Bundesregierung, die so sehr auf die Interessen des deutschen Kapitals bedacht ist, musste

in der Krise der EZB den Vortritt lassen, das zeigte sich daran, dass ein Ende der Spekulation gegen den Euro erst eintrat, als EZB-Chef Mario Draghi im Juli 2013 der Bankenwelt versicherte: «Innerhalb ihres Mandats ist die EZB bereit, alles zu tun, um den Euro zu retten. Und glauben Sie mir, es wird reichen.»

Damit stellte er in Aussicht, im Zweifelsfall auch zur Finanzierung von Staatsschulden zu greifen – was die Bundesregierung und die Bundesbank vehement ablehnen. Die Macht sitzt im Kapitalismus letzten Endes doch im Geldbeutel.

Seit der Vollendung des Binnenmarkts Anfang der 90er Jahre lebt die EU mit dem Widerspruch, dass sie zwar eine gemeinsame Währungspolitik treibt, deren logische Folge aber: eine gemeinsame Wirtschafts-, Lohn-, Steuer-, Transfer- und Sozialpolitik scheut wie der Teufel das Weihwasser.

Es gibt in der EU keine Politische Union, und diese ist, entgegen allen Bekundungen, auch nicht gewollt. Obwohl gerade die Krise mehr Vergemeinschaftung erzwingt, bleibt die EU im Kern ein nationalstaatliches Projekt.

Die Wettbewerbspeitsche funktioniert auf EU-Ebene gerade deshalb besser als auf nationaler Ebene, weil die Geldpolitik hier völlig losgelöst ist von wirtschaftspoliti-

schen Vorgaben. Die Bekämpfung der Inflation ist die einzige Leitplanke, an der sich die EZB zu orientieren hat.

Nichts könnte den neoliberalen Charakter der EU besser verdeutlichen als die Beharrlichkeit, mit der vor allem die Bundesregierung und die Länder, die einen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaften, jedes Ansinnen an eine verantwortliche Exekutive auf EU-Ebene ablehnen.

Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik wäre Voraussetzung für eine halbwegs gleichgerichtete ökonomische Entwicklung in der EU. Das würde eine «Wirtschaftsregierung» voraussetzen, bei der die Politik, auch die nationalen Regierungen und Parlamente, tatsächlich Vorgaben für die wirtschaftliche Entwicklung machen. Viele Sozialdemokraten, vor allem aber die Gewerkschaftsführungen wünschen sich eine solche Wirtschaftsregierung, sie erhoffen von ihr die Durchsetzung eines europäischen Sozialstaats nach dem nationalstaatlichen Modell.

Stattdessen wurde ein anderes Modell durchgesetzt, die sog. Economic Governance, was sich vielleicht am besten mit «Regieren für die Wirtschaft» übersetzen ließe. Eine Regierung im eigentlichen Sinne gibt es dabei nicht, nur die Verpflichtung der Staaten der Eu-

rozone auf «stabile Preise, gesunde und nachhaltige öffentliche Finanzen (sprich: Schuldenfreiheit) und monetäre Rahmenbedingungen (sprich: ein makroökonomisches Gleichgewicht)».

Ob gegen diese Regeln verstoßen wird, bestimmt die Kommission, und zwar allein, ohne jede Kontrolle. Wenn sie zu dieser Auffassung kommt, kann sie einen Mitgliedstaat zwingen, dass er «spezifische Reformschritte zur Wiedererlangung seiner Wettbewerbsfähigkeit» ergreift. Tut er das nicht, muss er ordentlich Strafe zahlen.

Griechenland und Portugal leben derzeit unter diesem Regime. Eine europäische Exekutive, die Kommission, die von niemandem gewählt und niemandem rechenschaftspflichtig ist, hat somit eine absolute Entscheidungsmacht über Wohl und Wehe eines Mitgliedstaats; das Verfahren ist nicht einmal durch die EU-Verträge gedeckt.

**Man kann also mit Fug und Recht sagen: Seit 2011 haben wir in der EU eine Wirtschaftsdiktatur. Sie geht einher mit einer zunehmenden Entmachtung der nationalen Parlamente.**

Das ist es, was Angela Merkel unter «marktkonformer Demokratie» versteht. Andere bezeichnen es manchmal als «europäische Variante chinesischer Verhältnisse».

isl  
internationale sozialistische linke  
**Was wir wollen**

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

*Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*



# Der Ausweg liegt bei den sozialen Bewegungen

Die EU ist Teil des neoliberalen Staatensystems in Europa, das sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hat. Sie ist ein zusätzlicher Akteur neben den kommunalen, regionalen und nationalen Institutionen der Einzelstaaten. Sie ist jedoch nicht eingebunden in ein demokratisches, föderales System, im Gegenteil, es fehlt ihr jede demokratische Legitimation: Das Europäische Parlament hat nicht die zentralen Befugnisse eines Parlaments, und die Kommission wird vom Kommissionspräsidenten zusammengestellt, der wiederum von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt wird (dem das EU-Parlament allerdings zustimmen muss).

Bis auf die wenigen Male, wo die Bevölkerung in einem Mitgliedstaat über Verträge wie den von Maastricht abstimmen durfte, wurde sie nie gefragt; die Rechtsakte der EU wurden immer nur von oben durchgesetzt. Wer in Europa sozialen und demokratischen Fortschritt und ein ökologisch nachhaltiges Entwicklungsmodell durchsetzen will, kann dies nur gegen die EU tun. Er muss sie abschaffen und durch ein neues Regelwerk ersetzen, das das Zusammenleben der Bevölkerungen in Europa auf eine demokratische und soziale Weise regelt.

Die EU ist auch nicht Europa, auch wenn sie genau so tut. Wer ge-

gen die EU ist, ist deswegen noch lang nicht antieuropäisch gesinnt. Freilich nutzen chauvinistische und populistische Rechte – Teile der Union, die AfD oder Rechtsextreme – die politischen und sozialen Verwerfungen aus, um europäische Solidarität überhaupt aufzukündigen. Dabei verfolgen sie ähnliche Ziele wie die EU-Befürworter auch: Großmachtambitionen, gepaart mit radikalen neoliberalen Programmen – nur meinen sie, dies im Alleingang besser durchsetzen zu können.

Als internationalistisch gesinnte Linke wissen wir: Beide Wege münden in die Katastrophe. Wer sich auf die Wahl zwischen EU und Nationalstaat einlässt, wählt zwischen Pest und Cholera. Im Mittelpunkt muss vielmehr die Kritik des «uneingeschränkten Wettbewerbs» stehen, das neoliberale Fundament der EU. An die Stelle der Ellbogengesellschaft «Alle gegen alle» muss eine grenzübergreifende, solidarische Kooperation treten, denn nur die Verbesserung der Lebensumstände für die breite Mehrheit der Bevölkerung, ihr uneingeschränktes Mitspracherecht auf allen Ebenen und ein Entwicklungsmodell, das sich von den fossilen Energieträgern abwendet und weitestgehend auf regionale Kreisläufe setzt, bietet eine Chance, die gleichzeitige Klima-, Wirtschafts-, Ernährungs- und soziale Krise zu überwinden. Das sind glo-

bale Herausforderungen, die auf nationaler Ebene allein nicht lösbar sind.

Aber auch schon unmittelbare Ziele wie etwa die Verhinderung des geplanten Freihandelsabkommens mit den USA oder der Widerstand gegen die Schleifung der Gemeinsamen Agrarpolitik zulasten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft oder gegen die weitere Militarisierung der EU können durch keine noch so starke Bewegung durchgesetzt werden, wenn diese auf die nationale Ebene beschränkt bleibt.

## Ohne mehr Soziales geht mehr Europa nicht

Die neoliberalen Programme zur Rettung des Euro haben die soziale Ungleichheit in Europa massiv verschärft und die EU auch politisch in eine Krise gestürzt. Sie ist Ausdruck davon, dass der Zusammenhalt in der EU auf Dauer nicht gewährleistet werden kann, wenn sich Europa nicht aus der nationalen Borniertheit vollständig löst und ein Wirtschaftsmodell entwickelt, das den sozialen Fortschritt auf dem gesamten Kontinent als Voraussetzung für eine wirkliche politische Union versteht. Das kapitalistische Gesellschaftsmodell, das allein auf der egoistischen Suche nach dem größtmöglichen Profit aufbaut, ist ein Hindernis dafür.

Einen fortschrittlichen Europagedanken verkörpern die Regierungen in der EU nicht. Es sind die sozialen Bewegungen gegen die Anmaßungen der Schocktherapien und der Sparpolitik und gegen die menschenverachtende Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen und Migrant\*innen, die den Keim eines demokratischen und solidarischen Europa in sich tragen.

Seit 2008 hat sich in Europa – im Süden wie im Osten – eine ungeheure Welle von Massenkämpfen entfaltet; soweit sie wirklich soziale Bewegungen sind und sich nicht von Machtinteressen manipulieren lassen, wie in der Ukraine, suchen sie in ihrer Mehrheit europäische, solidarische Lösungen und lehnen nationale oder gar ethnische Spaltungen als ein Herrschaftsinstrument des Kapitals ab.

Ihre Forderungen ähneln sich weitgehend: **Streichung illegitimer Schulden; Umvertei-**

**lung des Reichtums von oben nach unten; Vergesellschaftung des Finanzsektors unter demokratischer Kontrolle der Öffentlichkeit; Stop der Privatisierungen und Ausbau der Gemeingüter und der sozialen Sicherungssysteme; Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben...**

## Was fehlt

Was fehlt, ist eine gemeinsame Vorstellung vom wirtschaftlichen Entwicklungspfad, der die Verwirklichung einer europäischen Sozialunion möglich machen soll, und vom Zuschnitt der politischen Institutionen, die das Regelwerk der EU ersetzen sollen.

Sie fehlt u. a. deshalb, weil es keinen dauerhaften Zusammenschluss der sozialen Bewegungen auf europäischer Ebene gibt, der ihnen erlauben würde, Konzepte und Forderungen für die europäische Ebene auszutauschen: etwa für einen europäischen Mindestlohn; oder für gleiche und umfangreiche gewerkschaftliche und be-

triebliche Rechte der abhängig Beschäftigten; oder für eine Harmonisierung der Steuersysteme gepaart mit der Wiedereinführung einer hohen Steuerbelastung für Reiche und Kapitalbesitzer; oder für einen EU-Haushalt, aus dem Ausgleichszahlungen für die ärmeren Länder finanziert werden können; oder für eine europäischen Bankenordnung, die im Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem der ärmeren Regionen steht. Es fehlen auch Vorstellungen, wie wichtige Fragen auf europäischer Ebene so entschieden werden können, dass die betroffenen Bevölkerungen unmittelbar mitsprechen und mitentscheiden können.

Europa braucht eine neue, eine sozialistische Verfassung. Sie kann den Bevölkerungen nicht von einem Konvent «gewährt» oder oktroyiert werden, der sie nicht repräsentiert. Es bedarf dazu einer Verfassungsgebenden Versammlung, die von der Bevölkerung gewählt wird, deren Arbeiten sie verfolgen und über deren Ergebnis sie abstimmen kann.

## Was sagen die anderen?

– **Die SPD** zieht mit dem Spitzenkandidaten Martin Schulz in den Wahlkampf. Der will, dass die EU-Kommission künftig vom Europaparlament gewählt wird, er will das EP aber nicht mit dem Recht zur Gesetzesinitiative und dem Haushaltsrecht ausstatten, womit es weiterhin nur ein Rumpf bleibt. Der Kommissionspräsident soll zugleich Präsident des Europäischen Rats werden: Das ist so, wie wenn die Kanzlerin zugleich Präsidentin des Bundesrats wäre. In Sachen Demokratie ist da nichts gewonnen, nur dass man besser «durchregieren» kann.

– **Der DGB und der EGB** sind traditionell für eine Sozialunion und für eine Politische Union. Doch hängen sie zwei Illusionen an: Sie glauben, diese Ziele im Rahmen der bestehenden EU verwirklichen zu können (wie Teile der LINKEN im übrigen auch). Und sie stellen sich vor, aus der EU einen Bundesstaat nach dem Muster der Nationalstaaten machen zu können. Letzteres muss jedoch an der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in Europa scheitern. Eine Politische Union ist nur denkbar auf der Grundlage weitgehend regionaler Wirtschaftskreisläufe bei gleichzeitiger Forcierung europäischer Sprachkompetenz und einer europäischen Öffentlichkeit, die in der Lage ist, Fragen, die auf europäischer Ebene zu regeln sind, unmittelbar mitzuentcheiden. Die sozialen Sicherungssysteme, um die es den Gewerkschaften hauptsächlich geht und die bislang an die Existenz der Nationalstaaten gebunden sind, müssen entsprechend neu konzipiert werden.



**isl**  
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
isl@islinke.de · www.islinke.de · www.facebook.com/islinke.de

**Aachen** aachen@islinke.de **Berlin** berlin@islinke.de **Bielefeld** bielesfeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de **Dortmund** dortmund@islinke.de  
**Düsseldorf** duesseldorf@islinke.de **Frankfurt a.M.** frankfurtm@islinke.de  
**Hamburg** hamburg@islinke.de **Karlsruhe** karlsruhe@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de  
**Köln** koeln@islinke.de **Marburg** marburg@islinke.de **München** muenchen@islinke.de  
**Oldenburg** oldenburg@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de **Schwäbisch Hall** schwaebisch-hall@islinke.de  
**Stuttgart** stuttgart@islinke.de

## IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein  
Satz/Layout: Hans-Günter Mull  
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):  
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

**SoZ** Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

**Probeausgabe** kostenlos

**Probeabo** (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

**SoZ-Verlag** · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de